

An den Vorsitzenden
des Regionalrates
des Regierungsbezirkes Köln
Herrn Gerhard Lorth MdL

Fraktionsvorsitzender
Stefan Götz, CDU

Tel.: 0221/ 1395446 Telefax: 0221/ 1395451
E-Mail: info@cdu-regionalrat-koeln.de

Fraktionsvorsitzender
Hans-Joachim Bubacz, SPD

Tel.: 02273/ 52307 Telefax: 02273/ 914794
E-Mail: nc-bubaczha@netcologne.de

Fraktionsvorsitzender
Horst Becker, DIE GRÜNEN

Tel.: 0221/ 9912266 Telefax: 0221/ 9912267
E-Mail: gruene.regionalrat-koeln@netcologne.de

Fraktionsvorsitzender
Rudolf Finke, FDP

Tel.: 0228/ 453303 Telefax: 0228/ 455179
E-Mail: rudolffinke@t-online.de

Köln, 28. September 2009

18. Sitzung des Regionalrates des Regierungsbezirkes Köln am 02. Oktober 2009
hier: Antrag gem. § 10 der Geschäftsordnung des Regionalrates Köln

Sehr geehrter Herr Lorth,

wir bitten Sie, den folgenden Antrag in die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Regionalrates Köln am 02. Oktober 2009 aufzunehmen:

Factory Outlet-Center in der Gemeinde Grafschaft geplant

CDU, SPD, Grüne und FDP im Regionalrat Köln befürchten negative Auswirkungen für die Region

Antrag:

Der Regionalrat Köln spricht sich gegen eine geplante Ansiedlung eines Factory Outlet-Centers in der Gemeinde Grafschaft aus und unterstützt den gemeinsamen Dringlichkeitsantrag der Kreistagsfraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP im Rhein-Sieg-Kreis (siehe Anlage).

Der Regionalrat sieht in der Ansiedlung des Centers eine erhebliche Gefahr für den Einzelhandel im Rhein-Sieg-Kreis, in der Stadt Bonn und in Großteilen der gesamten Region.

Der Regionalrat Köln fordert die Landesregierung auf, gemeinsam mit der Landesregierung von Rheinland-Pfalz ein Konzept zur Ansiedlung von großflächigem Einzelhandel in Grenzregionen zwischen Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz zu erarbeiten.

Begründung:

Der Regionalrat fordert die Landesregierung und die Bezirksregierung Köln auf, alle erdenklichen Schritte zu unternehmen, um die Landesregierung von Rheinland-Pfalz dazu zu veranlassen, das Vorhaben nicht zu genehmigen.

Das in der Gemeinde Grafschaft geplante Factory Outlet-Center soll in drei Baustufen realisiert werden und im Endausbau 26.000 qm Verkaufsfläche umfassen. Das Vorhaben widerspricht in eklatanter Weise fundamentalen Zielvorgaben der rheinland-pfälzischen Landesregierung.

Das neue Landesentwicklungsprogramm Rheinland-Pfalz (LEP IV) lässt solche Vorhaben nur in städtebaulich integrierten Bereichen zu; die Versorgungsbereiche benachbarter Orte dürfen nicht wesentlich beeinträchtigt werden.

Genau dies würde durch das geplante Center allerdings eintreten. Die Beeinträchtigung würde zudem nicht nur die benachbarten Orte in Rheinland-Pfalz und in Nordrhein-Westfalen betreffen, sondern auch negative Auswirkungen (Geschäftsaufgaben, Abnahme von Qualität und Vielfalt des Einzelhandelsangebotes etc.) auf die gesamte umliegende Region mit sich bringen.

Es besteht kein Zweifel, dass ein so groß dimensioniertes Direktverkaufszentrum am Standort Grafschaft in erster Linie auf den Abzug von Kaufkraft aus dem angrenzenden Ballungsraum des südlichen Nordrhein-Westfalen abzielt, da die ländliche Struktur im nördlichen Rheinland-Pfalz nicht genügend Marktvolumen für ein derartiges Zentrum hergibt.

Zudem ist der gesamte Standort für das neue Center in Frage zu stellen. Entstehen soll dieses auf einem - durch Mittel des Berlin-Bonn-Ausgleichs – geförderten Gewerbegebiet. Da die Bundesmittel mit einer Zweckbindung zur Ansiedlung technologieorientierter innovativer Betriebe gewährt wurden, handelt es sich um eine deutliche Zweckentfremdung. Diese wäre in der Konsequenz mit einer Schwächung der gesamten Region verbunden.

Ein solches Vorhaben kann von CDU, SPD, den Grünen und der FDP im Regionalrat Köln im Sinne der gesamten Region nicht unterstützt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Stefan Götz
(Fraktionsvorsitzender)

Hans-Joachim Bubacz
(Fraktionsvorsitzender)

Horst Becker
(Fraktionsvorsitzender)

Rudolf Finke
(Fraktionsvorsitzender)

Anlage:

CDU-Kreistagsfraktion
 SPD-Kreistagsfraktion
 Kreistagsfraktion BÜNDNIS90/DIEGRÜNEN
 FDP-Kreistagsfraktion

Siegburg, den 15.09.2009

An den
 Landrat des Rhein-Sieg-Kreises
 Herrn Frithjof Kühn
 Kreishaus
 53721 Siegburg

**Interfraktioneller Dringlichkeitsantrag zur Sitzung des Kreistages am 17.09.2009
 betreffend: Geplantes Factory-Outlet-Center „Eifel-Ahr-Portal“ in der Gemeinde
 Grafschaft (Rheinland-Pfalz)**

Sehr geehrter Herr Landrat,

die Fraktionen im Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises beantragen, der Kreistag möge in seiner Sitzung am 17.09.2009 folgenden Beschluss fassen:

1. Der Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises lehnt die geplante Ansiedlung eines Factory Outlet-Centers (FOC) im sog. "Innovationspark Rheinland" der Gemeinde Grafschaft mit Nachdruck ab. Das als "Eifel-Ahr-Portal" bezeichnete Projekt sieht schwerpunktmäßig einen Markendirektvertrieb von Waren vor, die den zentrenrelevanten Sortimenten zugeordnet werden. Das FOC würde die ausgewogene und gut funktionierende Einzelhandels- und Nahversorgungsstruktur nicht nur im Landkreis Ahrweiler, sondern vor allem auch im Rhein-Sieg-Kreis und im südlichen Nordrhein-Westfalen aufs Erheblichste gefährden.
- 2 Der Landrat wird gebeten, alle erforderlichen und gegebenenfalls auch juristischen Schritte zu unternehmen, um die Durchführung dieses für die gesamte Region schädlichen Projektes zu verhindern.

Begründung:

Das in der Gemeinde Grafschaft geplante FOC soll in drei Baustufen realisiert werden und im Endausbau 26.000 qm Verkaufsfläche umfassen. Hiervon sind

- im ersten Bauabschnitt 13.000 qm Verkaufsfläche projektiert (davon 10.000 qm als Markendirektvertrieb, überwiegend für zentrenrelevante Sortimente wie Bekleidung, Sportartikel, Schuhe, Lederwaren/Taschen, Uhren/Schmuck etc.),
- im zweiten und dritten Bauabschnitt weitere 13.000 qm geplant.

Das Vorhaben widerspricht in eklatanter Weise fundamentalen Zielvorgaben der rheinland-pfälzischen Landesplanung. Das neue Landesentwicklungsprogramm Rheinland-Pfalz (LEP IV) lässt solche Vorhaben nur in städtebaulich integrierten Bereichen zu; die Versorgungsbereiche benachbarter Orte dürfen nicht wesentlich beeinträchtigt werden.

Genau dies wäre durch das geplante FOC in erheblichem Ausmaß der Fall. Es besteht kein Zweifel, dass ein so groß dimensioniertes Direktverkaufszentrum am Standort Grafschaft in erster Linie auf den Abzug von Kaufkraft aus dem angrenzenden Ballungsraum des südlichen Nordrhein-Westfalen abzielt, da die ländliche Struktur im nördlichen Rheinland-Pfalz nicht genügend Marktvolumen für ein derartiges Zentrum hergibt.

Insbesondere die linksrheinischen Städte und Gemeinden des Rhein-Sieg-Kreises wären aufs Erheblichste betroffen. Der Gesamtumsatz des FOC würde bei Realisierung der drei Baustufen rd. 100 Mio. Euro betragen. Dies entspricht dem gesamten Einzelhandelsumsatz beispielsweise der Stadt Rheinbach.

Die Bandbreite der schädlichen Auswirkungen wäre groß. Aufgrund des starken Verdrängungswettbewerbs käme es zu Geschäftsaufgaben, Qualität und Vielfalt des Einzelhandelsangebotes nähmen ab, in ihrer Mobilität eingeschränkte Bevölkerungsgruppen würden benachteiligt und benachbarte Wirtschaftszweige wie Gastronomie und Dienstleistungen in Mitleidenschaft gezogen (Trading-Down-Effekte). Insgesamt würde eine kaum abfangbare Abwärtsspirale in Gang gesetzt.

Angesiedelt werden soll das FOC im sog. "Innovationspark Rheinland", einem Gewerbegebiet, das mit Mitteln des Bonn-Berlin-Ausgleichs gefördert wurde – ein Standort, der durch seine Lage an der Autobahn und "auf der grünen Wiese" als zweifelfrei nicht-integriert bezeichnet werden muss und der aufgrund der staatlichen Subventionen ein extrem niedriges Bodenpreinsniveau von 18,78 Euro/qm (incl. Erschließungs-, Entwässerungs- und Wasserversorgungsbeiträgen) aufweist. Die Ansiedlung eines FOC auf diesem Grundstück würde eine Zweckentfremdung der Bundesmittel bedeuten, die zur Ansiedlung technologieorientierter innovativer Betriebe gewährt wurden; statt einer Stärkung der gesamten Region käme es zu einer Schwächung der Zukunftsfähigkeit derjenigen Kommunen im Rhein-Sieg-Kreis, die im Verhältnis zum Kreis Ahrweiler vom Bonn/Berlin-Beschluss überproportional betroffen sind.